Landeshauptstadt Hannover -18.62.04 - Datum 04.04.2012

PROTOKOLL

4. Sitzung des Stadtbezirksrates Buchholz-Kleefeld
am Donnerstag, 1. März 2012,
Maximilian - Kolbe Schule,
Nackenberger Straße 4, 30625 Hannover

Beginn	18.30 Uhr
Ende	22.11 Uhr

Anwesend:
(verhindert waren)

Bezirksbürgermeister Fischer	(SPD)
(Stellv. Bezirksbürgermeisterin Behmann)	(Bündnis 90/ Die Grünen)
Bezirksratsherr Behrendt	(SPD)
Bezirksratsherr Borstelmann	(CDU)
(Bezirksratsfrau Burgwitz)	(CDU)
Bezirksratsherr Busse	(Fraktionslos, CDU)
Bezirksratsfrau Cassel	(SPD)
Bezirksratsfrau Hagen	(Einzelvertreterin Die Linke.)
Bezirksratsherr Hofmann	(SPD)
Bezirksratsherr Hunze	(CDU)
Bezirksratsfrau Huter	(Bündnis 90/ Die Grünen)
Bezirksratsfrau Nordmann	(CDU)
Bezirksratsherr Oppelt	(CDU) 18.45 - 22.11 Uhr
Bezirksratsherr Plotzki	(SPD)
Bezirksratsherr Rothhardt	(Bündnis 90/ Die Grünen)
Bezirksratsherr Schneider	(Bündnis 90/ Die Grünen)
Bezirksratsfrau Tasyürek	(SPD)
Bezirksratsherr Welker	(SPD)
Bezirksratsherr Wolters	(Einzelvertreter FDP)
(Bezirksratsherr Wontke)	(CDU)
Bezirksratsfrau Zaman	(SPD)

Beratende Mitglieder:

(Ratsherr Böning)	(Die Hannoveraner)
(Ratsherr Fischer)	(CDU)
(Ratsfrau Markowis)	(Bündnis 90/ Die Grünen)

Verwaltung:

Frau Rembecki	18.63.04
Frau Walter	15.21
Herr Babel	66.11
Frau Baron	61.13
Herr Selig	18.62.04

Tagesordnung:

I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

2. EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE
nach abschließender Beratung eines Tagesordnungspunktes

3. Rechtsextremistische Aktivitäten im Stadtbezirk Buchholz-Kleefeld

3.1. Sachstandsbericht der Verwaltung

3.2. A N H Ö R U N G gem. § 35 der Geschäftsordnung des Rates zum THEMA:Rechtsextremistische Aktivitäten im Stadtbezirk Buchholz-Kleefeld
Eingeladen sind: Vertreter/Innen der Polizeidirektion Hannover, des Landesamtes für Verfassungsschutz, Vertretr/Innen von kommunalen Kriminal-Präventionsräten und des Landespräventionsrates Niedersachsen, Verteter/Innen des Niedersächsischen Landtages

4. EIGENE MITTEL des Stadtbezirksrates

4.1. Zuwendung 02/2012, VCP Kleefeld-Buchholz, Anschaffung Gesellschaftsspiele
(Drucks. Nr. 15-0523/2012)

4.2. Zuwendung 03/2012, Turnverein Kleefeld von 1888 e.V., Anschaffung Leichtbodenturnmatte
(Drucks. Nr. 15-0524/2012)

4.3. Zuwendung 04/2012, GS Lüneburger Damm, Materialkosten für Jungen-Gewaltpräventioneprojekt
(Drucks. Nr. 15-0525/2012)

5. EIGENE MITTEL des Integrationsbeirates

5.1. IB 01-2012; Bürgerbeteiligungsprojekt Kunst im öffentlichen Raum; Wandmosaik
(Drucks. Nr. 15-0454/2012)

5.2. IB-02-2012: Kulturelle Gleichstellung im Jugendzentrum Roderbruch
(Drucks. Nr. 15-0458/2012)

6. A L L G E M E I N E V E R W A L T U N G S V O R L A G E N

6.1. E N T S C H E I D U N G

6.1.1. Erneuerung Spiel- und Bolzplatz In den Sieben Stücken/Löfflerweg, Buchholz
(Drucks. Nr. 15-0487/2012 mit 2 Anlagen)

6.2. A N H Ö R U N G

6.2.1. Aufstellung von Containern auf Wertstoffinseln im Stadtgebiet
(Drucks. Nr. 0199/2012 mit 2 Anlagen)

7. A N T R Ä G E

7.1. Interfraktionell

7.1.1. Umsetzung des Verkehrskonzeptes in Bothfeld – Umsteigehaltestelle Noltemeyerbrücke (Buchholz-Kleefeld)
(Drucks. Nr. 15-2400/2011)

7.2. gemeinsame Anträge der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

7.2.1. Aufstellung eines Wetterschutzhäuschen an der Bushaltestelle Nackenberg
(Drucks. Nr. 15-0375/2012)

7.2.2. Führung durch die südliche Eilenriede im Stadtbezirk Buchholz-Kleefeld
(Drucks. Nr. 15-0376/2012)

7.2.3. Tempo 30 Zone in der Berckhusenstr. vor den Schulen einrichten
(Drucks. Nr. 15-0422/2012)

7.3. der SPD-Fraktion

7.3.1. Errichtung von fehlenden Warnlichtsignalanlagen an den Hochbahnsteigen im Stadtbezirk
(Drucks. Nr. 15-0423/2012)

7.4. von Bezirksratsfrau Hagen (DIE LINKE.)

7.4.1. Drängelgitter mit Warnblinkanlage / Buchholzer Straße, Höhe BGR-Geozentrum Hannover
(Drucks. Nr. 15-0424/2012)

8. A N F R A G E N

8.1. der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

8.1.1. Umsetzung des Verkehrskonzeptes in Bothfeld - Umsteigehaltestelle Noltemeyerbrücke (Buchholz-Kleefeld)
(Drucks. Nr. 15-0378/2012)

8.1.2. Spielplatzpatenschaften im Stadtbezirk Buchholz-Kleefeld
(Drucks. Nr. 15-0379/2012)

8.1.3. Sachstandsbericht Bockwindmühle - Hermann-Löns-Park
(Drucks. Nr. 15-0380/2012)

8.2. der SPD-Fraktion

8.2.1. Umsetzung des UN-Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderung an Schulen im Stadtbezirk Buchholz-Kleefeld
(Drucks. Nr. 15-0377/2012)

8.3. von Bezirksratsherrn Busse

8.3.1. Verkehrsführung im Kapellenbrink
(Drucks. Nr. 15-0475/2012)

9. Bericht des Stadtbezirksmanagements

I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L

TOP 1.
Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
Bezirksbürgermeister G. Fischer eröffnete die Sitzung und stellte die fristgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.
Zur Tagesordnung gab es folgende Änderungen:
TOP 7.1.1. wird abgesetzt
TOP 8. alle Anfragen werden schriftlich im Protokoll beantwortet.
TOP 10. wird an das Ende der Sitzung in den vertraulichen Teil verschoben.
Die so geänderte Tagesordnung wurde **einstimmig** bestätigt.

TOP 2.
EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE
nach abschließender Beratung eines Tagesordnungspunktes
Es wurden folgende Themen angesprochen:

Ein Herr vom Gewerbeverein Taxi und Mietwagen brachte den Standpunkt des Gewerbevereins zur Änderung des Verkehrskonzeptes an der Noltemeyerbrücke zum Ausdruck. Insbesondere ging er darauf ein, dass der seit Jahrzehnten existierende Taxistandort bei der geplanten Änderung wegfallen müsste, da die Busse diesen Platz dann bräuchten. Zudem sei mit dem Taxigewerbe überhaupt nicht darüber gesprochen worden. Es sei einer der Taxistandorte mit den höchsten Einsteigequoten aus dem ÖPNV. Vor allem auch Nachttaxi-Nutzerinnen stiegen dort um. Dass man das opfern wolle, nur damit die Autos nicht kurz hinter dem Bus halten müssten, könne er nicht nachvollziehen. Schließlich seien z.B. in der Sallstraße extra die Bushaltestellen so angelegt worden. Es sei ein weiteres Problem, dass Anschlussverkehre nicht mehr funktionieren würden.
Bezirksratsherr Borstelmann betonte, dass die CDU der gleichen Meinung sei und diesen Antrag weder bis jetzt unterschrieben hat, noch dies in der Zukunft tun wird.

TOP 3.
Rechtsextremistische Aktivitäten im Stadtbezirk Buchholz-Kleefeld

TOP 3.1.
Sachstandsbericht der Verwaltung
Frau Walter vom Büro Oberbürgermeister hielt folgenden (als **Anlage 1** beigefügten) Vortrag.
Bezirksratsherr Wolters fragte nach, wie denn die Stadt den Vorfall in Buchholz-Kleefeld beurteile und bewerte.
Frau Walter verwies auf die folgenden Beiträge von Verfassungsschutz und Polizei, welche dort genauere Informationen hätten. Die Stadt sei keine Strafverfolgungsbehörde. Diese sehe sich eher in der Rolle präventiv tätig zu sein.

TOP 3.2.
A N H Ö R U N G gem. § 35 der Geschäftsordnung des Rates zum
THEMA:Rechtsextremistische Aktivitäten im Stadtbezirk Buchholz-Kleefeld
Eingeladen sind: Vertreter/Innen der Polizeidirektion Hannover, des Landesamtes für Verfassungsschutz, Vertretr/Innen von kommunalen Kriminal-Präventionsräten und des Landespräventionsrates Niedersachsen, Verteter/Innen des Niedersächsischen Landtages
Bezirksbürgermeister G. Fischer verlas die Namen der Anzuhörenden in der Reihenfolge in der sie vortragen sollten und bat als ersten Herrn Lochter vorzutragen.

Herr Lochter, Leiter des Fachkommissariats Rechts- und Linksextremismus der Polizeidirektion Hannover führte aus, dass sich die Erscheinungsformen der

rechtsextremistischen Subkultur in den letzten Jahren stark verändert haben. Strukturen oder Aktivitäten von Kameradschaften, Skinheadgruppierungen sowie Autonomen Nationalisten sind im hiesigen Zuständigkeitsbereich nicht mehr festzustellen, stattdessen eine Verlagerung auf sogenannte 'Freie Kräfte'.Diese 'Freien Kräfte' verfügen weder über feste Strukturen noch sind sie besonders organisiert. Hierzu zählt die Gruppierung „Besseres Hannover“.

Der Name **„Besseres Hannover“** ist hier seit Ende 2008 bekannt. Öffentlichkeitswirksam trat die Gruppierung erstmals mit der Verteilung der 1. Ausgabe der Schülerzeitung „bock – Das Sprachrohr der Gegenkultur“ im März 2010 in Erscheinung. Die Gruppierung propagiert das Ziel der Volksgemeinschaft.
Bei „Besseres Hannover“ handelt es sich um die derzeit wohl aktivste neonazistische Gruppierung in Niedersachsen mit einem Personenpotenzial von etwa 40 Personen, darunter drei mit besonderer Aktivität. Das äußere Erscheinungsbild der Gruppenmitglieder lässt keine Rückschlüsse auf die Zugehörigkeit zur rechten Szene zu. Die Personen entstammen allen sozialen Schichten und Verteilen sich über die gesamte Landeshauptstadt sowie die Region. Ein besonderer Schwerpunkt existiert nicht. Zwei Personen aus dem Umfeld der 'Freien Kräfte' sind im Stadtbezirk Buchholz-Kleefeld wohnhaft. Hierbei handelt es sich aber weder um Führungspersönlichkeiten noch sind diese besonders aktiv oder gewaltbereit.

Die Gruppierung definiert sich über die Aktion und sucht die offene Konfrontation. Die Angehörigen versuchen durch öffentliches Auftreten und spektakuläre Aktionen Aufmerksamkeit zu erregen. In unterschiedlicher Anzahl und Zusammensetzung und zu wechselnden Themenfeldern nahmen Personen von 'Besseres Hannover' im vergangenen Jahr an örtlichen und überörtlichen Veranstaltungen teil. Besonders im Fokus der Polizei steht derzeit die Verteilung der Zeitschrift 'bock' im Umfeld von Schulen in der Stadt und im Umland sowie von sonstigen Flyern und der Monatszeitschrift „Der Anschlag“. Lokale Schwerpunkte rechtsextremistischer Aktivitäten bzw. öffentliche Treffpunkte sind hier nicht bekannt. Zusammenkünfte finden zumeist in Privatwohnungen statt.

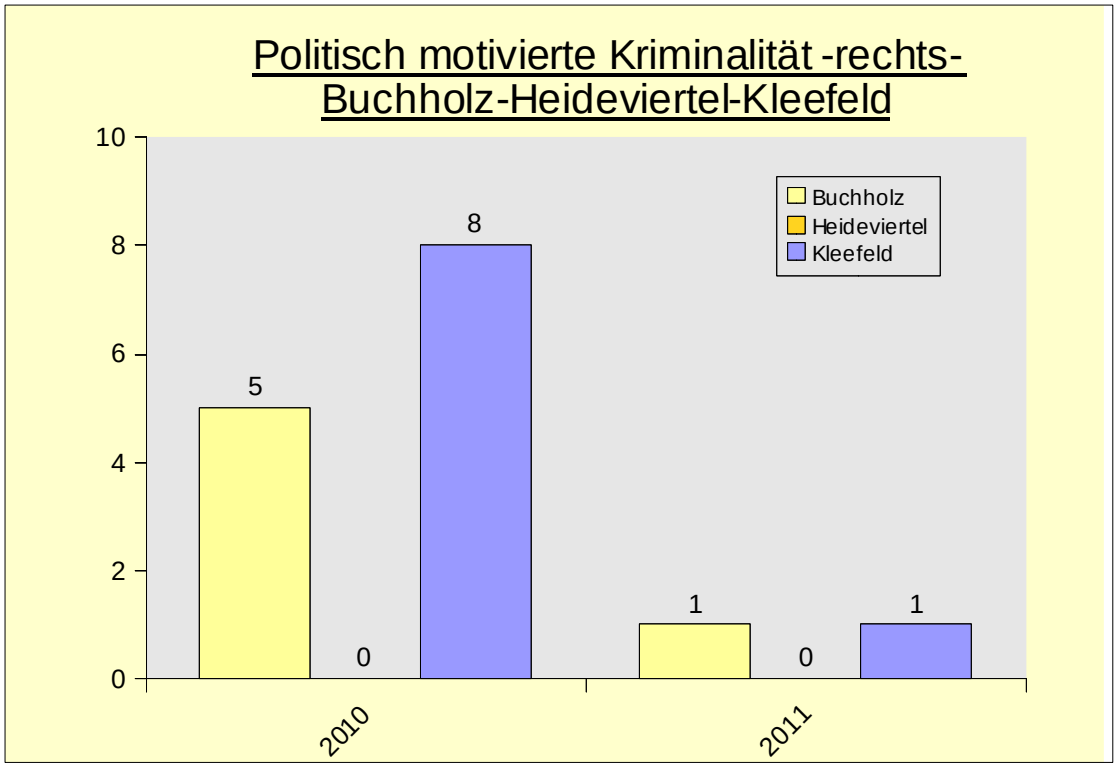
Sechs Angehörige der rechtsextremistischen Szene haben zugleich Erkenntnisse als „Gewalttäter Sport“ Die Gruppierung selbst ist bislang allerdings nicht durch gewalttätige Aktionen in Erscheinung getreten. Gleichwohl sind seit 2009 insgesamt 22 Ermittlungsverfahren gegen unbekannte oder bekannte Täter mit Bezug zur Gruppierung „Besseres Hannover“ eingeleitet worden. Aktuell sind keine Verbindungen zur NPD bekannt. Herausragende Ereignisse der Vergangenheit waren u. a. die Störung der 'Mahnwache für Opfer rechter Gewalt' am 05.03.2010 am Kantplatz sowie am 11.02.2012 die Störung des Anti-A.C.T.A.-Protestes in der hannoverschen Innenstadt.

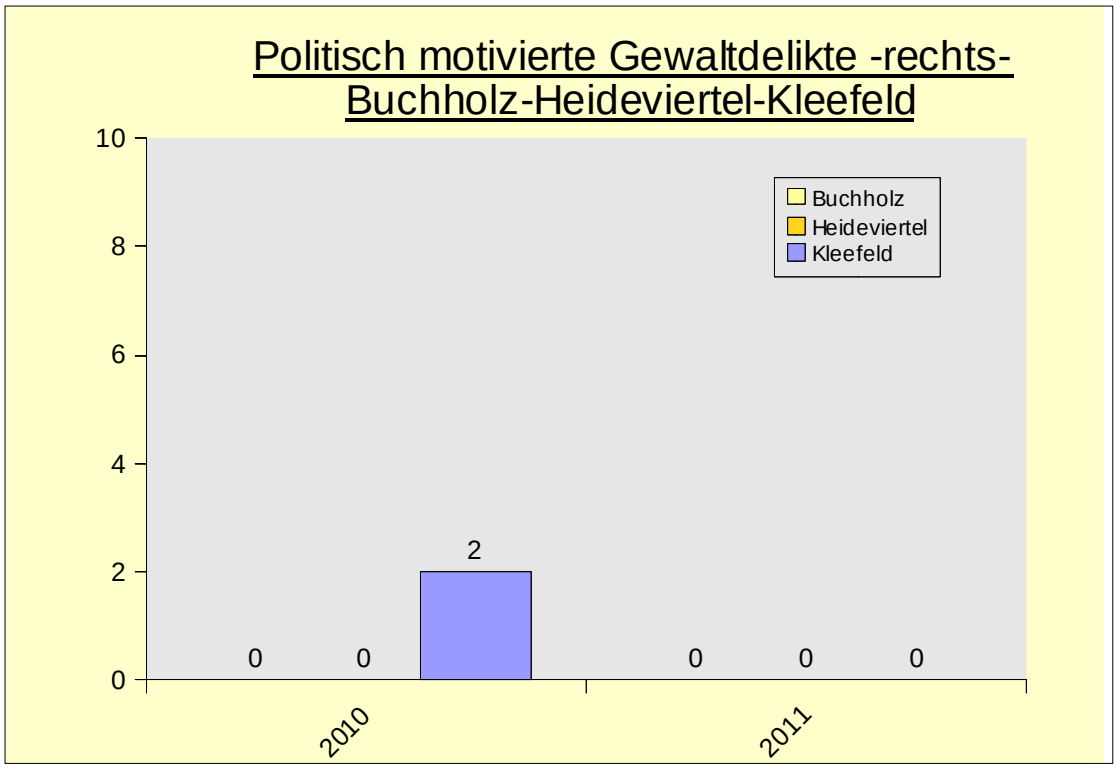
Bei dem am 03.06.2011, dem Vorabend des 3. 'Tag der Deutschen Zukunft' in Braunschweig bzw. Peine, im hannoverschen Stadtteil Kleefeld durchgeführten 'Fackelzug', bei dem Banner mitgeführt und Parolen gerufen worden sein sollen, handelt es sich um eine Aktionsform unter dem Begriff 'Volkstod-Kampagne'. Mit 'Volkstod' ist das Aussterben eines Volkes als Volksgemeinschaft gemeint. Die Kampagne wird seit Jahren maßgeblich von Brandenburger Rechtsextremisten geprägt. Bundesweit wurden im vergangenen Jahr 16 derartige Aktionen durchgeführt, davon drei in Niedersachsen. Die Aktivisten treten dabei mit schwarzer Kleidung mit aufgezogener Kapuze und weißer Gesichtsmaske kurzfristig und unangemeldet am Aktionsort auf .

Im Rahmen der polizeilichen Einsatzmaßnahmen in Kleefeld konnten in der näheren Umgebung 14 augenscheinlich der rechten Szene zuzurechnende Personen kontrolliert

werden, von denen lediglich eine aus dem hiesigen Zuständigkeitsbereich und dem Umfeld von „Besseres Hannover“ stammte. Die übrigen kamen zum Teil auch aus anderen Bundesländern. Ob „Besseres Hannover“ maßgeblich an der Organisation des Fackelzuges beteiligt war, konnte bislang nicht geklärt werden. Am 15.12.2011 kam es auf der Internetpräsenz von „Besseres Hannover“ zu einer Veröffentlichung eines Videos, in dem ein sogenannter „Abschiebär“ einen Hitlergruß vor einem türkischen Imbiss andeutet. Nach Einleitung eines Strafverfahrens wegen des Verdachts des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen konnte ein 28-jähriger Hannoveraner als Tatverdächtiger ermittelt werden. Die Ermittlungen dazu dauern an.

Outing-Aktionen stellen kein Novum dar. Sie dienen der Bloßstellung bzw. Offenlegung der politischen Aktivitäten mit dem Ziel der Isolierung im sozialen Umfeld. Straftatbestände wie Üble Nachrede und Verleumdung scheiden hier idR aus, da inhaltlich keine offenkundig falschen Angaben gemacht werden. Bislang sind hier keine Aktionen oder Straftaten gegen Personen im Zusammenhang mit Outing-Aktionen bekannt geworden. Auch wurden keine Erkenntnisse über tatsächliche Gefährdungen aus bekannt gewordenen Outing-Aktionen mitgeteilt.





Der nächste Vortragende war **Herr Wolfgang Freter,** Dezernatsleiter für Rechtsextremismus im niedersächsischen Landesamt für Verfassungsschutz.
Er schloss sich im wesentlichen den Ausführungen von Herrn Lochter an, da man in Hinsicht auf "Besseres Hannover" eng zusammen arbeite.
Der Verfassungsschutz sehe Buchholz-Kleefeld nicht als Schwerpunkt des Rechtsextremismus. Die nach dem Aufmarsch dort stattfindende Demonstration in Braunschweig sei eine Demo der freien Kräfte zum "Tag der deutschen Zukunft" gewesen, nicht eine NPD-Demonstration, auch wenn NPD-Mitglieder dabei waren.
"Besseres Hannover" bilde keine feste Struktur, aber eine deutliche ideologische Unterfütterung verbunden mit personengebundenen Aktionen. Ein Phänomen, welches bundesweit zu verzeichnen sei. Der Fackelzug sei eine Nachahmung aus Bautzen.Der parteigebundene Rechtsextremismus habe in den vergangenen Jahren abgenommen, die Neonaziszene aber prozentual zugenommen.
Dies alles sei aber nicht NPD-gesteuert, auch wenn dies manchmal so erscheine. So sei einer der Protagonisten von "Besseres Hannover" zwar früher eine regionale Führungsperson der NPD gewesen, von dieser sei er aber abgerückt, da sie ihm nicht mehr aktionsstark genug war. Die NPD sei in der Region nur noch etwa 25-30 Personen stark und habe ständige Querelen um Führungsansprüche.

Bezirksratsherr Plotzki fragte, welche strafrechtlichen Konsequenzen sich aus dem Aufmarsch in Kleefeld ergeben würden. Sei es nicht auch eine Frage von Verstoß gegen das Versammlungsgesetz und gegen das Vermummungsverbot? In der Sitzung anwesende Bewohner hätten durch den Einsatz von Pyrotechnik auch Angst haben müssen, dass ihre Autos in Brand geraten.
Herr Lochter erwiderte, dass gegen alle 14 Personen Anzeige erstattet wurde wegen Nichtanzeige einer Versammlung. Bestimmte Spontanversammlungen seien erlaubt, diese war aber geplant. Außerdem spielten die Themen natürlich eine Rolle. Das Vermummungsverbot werde nach dem neuen niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz etwas lockerer gehandhabt. Verboten seien nur Vermummungen, die eine notwendige Strafverfolgung nicht mehr möglich machen und gezielt dafür eingesetzt werden. Die Grenze dafür gebe der Einsatzleiter der Polizei bei der Versammlung bekannt. Erst wer sich

dann widersetze mache sich strafbar.
Bezirksratsherr Plotzki gab zu bedenken, dass doch durch die Maskierung beim Böller schmeißen jemand versuche sich der Verfolgung zu entziehen.
Herr Freter erwiderte, dass die Masken tatsächlich aus ideologischen Gründen getragen würden.
Herr Lochter ergänzte, dass man sicher sein könne, dass die Staatsanwaltschaft dieses alles mit bewerten werde.

Bezirksratsfrau Tasyürek wollte wissen, warum der Fackelzug ausgerechnet in Kleefeld stattgefunden habe und nicht in einem anderen Stadtbezirk.
Herr Lochter sagte, dass ihm darüber keine Erkenntnisse vorlägen.
Bezirksratsherr Wolters fragte, ob es in Kleefeld einen Menschen gebe, um den sich eine solche Gruppe scharren würde, oder ob dies über das Internet, beispielsweise über Facebook passiere.
Herr Lochter bestätigte, dass sich über das Internet natürlich heutzutage so etwas schnell organisieren ließe, warum ausgerechnet in Kleefeld, das könne er nicht sagen.
Bezirksratsherr Hunze wollte gerne wissen, aus welchen gesellschaftlichen Schichten diese Jugendlichen seien. Ob dies evtl. gefrustete Hartz IV Empfänger seien. Außerdem koste ja ein solcher Extremismus-Tourismus auch Geld.
Herr Lochter konnte nicht bestätigen, dass es sich um sozial Benachteiligte handle. Das sei mehr gemischt. Für größere Demos würden Busse angemietet, für die ein Obolus gezahlt werde, der aber nicht so hoch sei, dass es sich keiner leisten könne. Es seien aber auch Jugendliche aus sogenannten "Besseren Häusern" dabei. Beim Alter handle es sich überwiegend um Jugendliche. Es sei selten jemand über 30.

Bezirksratsfrau Hagen wollte wissen, wie es sein könne, dass einen Tag später Flyer dieser Organisation in der Straße des Aufmarsches verteilt werden.
Herr Lochter antwortete, dass weder das verteilen der Flyer noch der Ortsteil Kleefeld als Aufmarschgebiet eindeutig zuordenbar sei. Hier könne man nur aus persönlichen Verpflechtungen Rückschlüsse versuchen zu ziehen, mehr aber auch nicht.
Herr Freter wies darauf hin, dass es keine spontane Aktion gewesen sei, dafür spreche das Video, welches choreographiert und am nächsten Tag ins Internet gestellt worden sei. Dass es private Verbindungen untereinander gebe liege, ohne den Ermittlungsergebnissen vorgreifen zu wollen zumindest nah.
Bezirksratsherr Plotzki sprach die Gegendemonstration nach dem Aufmarsch an, dass dort in einem Hauseingang in der Scheidestraße rechtsgerichtete Jugendliche standen, die aus ihrer Gesinnung kein Hehl machten, wie man sehen konnte und die sogar die Teilnehmer des Demonstrationszuges filmten. Er fragte, welche Erkenntnisse es zu diesem Haus gebe und welche Erkenntnisse man vor diesem Vorfall von rechtsgerichteten Tendenzen gehabt habe, z.B. von einem rechten Stammtisch im Kleintierzüchterverein im Heideviertel. Wenn die Szene so genau beobachtet werde, wieso könnten sich diese Leute dort so lange treffen?
Herr Lochter bestätigte, dass man natürlich wisse, wo diese Leute wohnten. Der "Stammtisch Nationaler Kräfte" sei seiner Erkenntnis nach 2010 zum letzten Mal durchgeführt worden. Diese Treffen seien jetzt eher in Privatwohnungen
Herr Freter ergänzte, dass es auch größere Treffen gegeben habe, diese allerdings nicht in Buchholz-Kleefeld.

Bezirksratsherr Wolters fragte nach der Bedrohungslage für die Menschen in Kleefeld.
Herr Lochter sprach davon, dass diese Leute provozierten und sich nah an der Legalitätsgrenze befänden, mit dem Zwickauer Trio könne man es aber nicht vergleichen.
Bezirksratsfrau Zaman wollte wissen, was der Verfassungsschutz tue außer beobachten.
Herr Freter sagte, dass es ein Trennungsgebot gebe. Der Verfassungsschutz habe keine polizeilichen Befugnisse und ermittle auch nicht. Man sei ein Nachrichtendienst, der als

solcher aber z.B. die Möglichkeit von Abhöraktionen habe um politische Bestrebungen zu ergründen. Diese veröffentliche man dann, damit beispielsweise die Politik entsprechende Beschlüsse als Gegenmaßnahmen beschließen könne. Nicht alle Erkenntnisse seien gerichtsverwertbar, man setze aber auch viel auf Aufklärung in den letzten Jahren. So habe man in Hannover einen Schwerpunkt, nämlich das sammeln von CDs mit rechter Musik. Da sei man mittlerweile bei über 800 CDs. Diese Listen könnten auch abgefragt werden. Außerdem kläre man beispielsweise Lehrer auf über die Gefahren der Szene.
Herr Lochter ergänzte, dass auch die Polizei sehr viel präventive Arbeit leiste. Man mache ebenfalls Datenerhebung und gleiche dies mit anderen Behörden ab.

Bezirksratsherr Hunze knüpfte an seine vorherige Frage an. Es wundere ihn, dass man wohl kaum Erkenntnisse über die Persönlichkeitsstrukturen dieser Leute habe. Wie wolle man denn dann verhindern, dass sie z.B. Erzieher oder Lehrer werden würden?
Herr Freter sagte, dass man schon Erkenntnisse habe und dass man auch im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten verhindern wolle, dass diese Leute in bestimmten Positionen seien, aber sie sich beispielsweise eben auch dem Internet oder der Mundpropaganda bedienten, bildeten sich Gruppen, die nicht klar zu umreißen seien.
Bezirksratsmitglied Borstelmann sprach nochmals die Ermittlungsverfahren nach dem Fackelzug an und fragte nach Ergebnissen, da dieser ja jetzt fast ein Jahr her sei.
Herr Lochter antwortete, dass die Ermittlungen der Polizei abgeschlossen seien, alles andere müsse jetzt die Justiz machen.
Bezirksratsfrau Tasyürek fragte, ob die Sicherheitsorgane nicht zur Zeit der Entwicklung hinterher hängen, wenn man die Mordserie und andere Vorkommnisse sehe.
Herr Freter verwies auf einen bald erscheinenden Bericht des Ministers, er könne diesem nicht vorgreifen. Der letzte Mord sei 2007 geschehen und die Gruppierung "Besseres Hannover" sei erst danach entstanden. Die Geschichte der NSU wäre sehr speziell und warum beispielsweise diese Taten zu keiner Zeit als rechtsextremistisch eingestuft worden waren wird zur Zeit ja noch weiter untersucht. Aber nicht nur die Sicherheitsorgane hätten hier ihre Schlussfolgerungen ziehen können oder müssen, sondern auch die Zivilgesellschaft oder die Presse. Es sei irgend etwas an der Wahrnehmung nicht richtig gewesen. Jeder habe gedacht es gebe keinen Rechtsterrorismus. Es habe auch nicht wie beim Linksextremismus Bekennerschreiben gegeben. Niedersachsen spiele aber in puncto Rechtsterrorismus eine Randrolle.

Bezirksratsherr Schneider fragte, was das Bürgertum denn gegen Rechts tun könne. Was würden die Sicherheitsorgane empfehlen?
Herr Freter verwies auf den Bericht des Landespräventionsrates, der gleich noch komme.
Bezirksratsherr Wolters zeigte sich froh, dass man keine Stasi und keine Gestapo habe. Die Erkenntnisse müssten aber durch professionelle Arbeit aus den Sicherheitsorganen kommen und könnten nicht der Zivilgesellschaft aufgeladen werden. Man habe in Kleefeld importierten Nazismus und teilweise schwer erfassbare Strukturen.
Herr Freter antwortete, dass es nicht so gemeint gewesen sei, dass die Zivilgesellschaft diese Arbeit übernehmen soll. Sie könnte aber auch ein wenig wachsamer sein und Hinweise geben. Der Kritik müsse und werde sich natürlich die bisherige Struktur unterziehen. Man müsse dann die Stellschrauben so verändern, dass man ein wirksames Instrument habe. Die Norweger hätten bei dem Fall Breyvik aber auch zum Ausdruck gebracht, dass man Einzeltätern, die keine Fehler machten immer hinterher laufe. Mit den in die Kritik geratenen V-Leuten habe man einige islamistisch motivierte Anschläge verhindert. Darüber müsse man sich auch im Klaren sein.
Bezirksratsherr Plotzki interessierten nicht die 13 Terrabyte Daten, die von 2007 auszuwerten sind, sondern das was momentan im Stadtbezirk passiere. Wenn auf der Homepage von "Besseres Hannover" ein Döner symbolisch gesprengt werde, oder eine Organisation androhe, dass man ab August hier nicht mehr sicher leben könne, dann münde so etwas in eine terroristische Vereinigung. Aus seiner Sicht braue sich etwas

zusammen.
Herr Freter sagte, dass es ja primäres Ziel der rechten Organisationen sei Propaganda zu machen. "Besseres Hannover" habe sich dafür gefeiert auf Seite 1 einer Tageszeitung gekommen zu sein. Man behandle "Besseres Hannover" in den Sicherheitsorganen hochprioritär und arbeite eng zusammen. Das neu geschaffene Zentrum gegen Rechtsextremismus erarbeite jede Woche einen Lagebericht.

Der folgende Anzuhörende war **Herr Gerhard Bücker,** Vorsitz AG Sport!Jugend!Agiert!, Niedersächsische Landeskoordinierungsstelle beim Landespräventionsrat Niedersachsen.

1.(Lokaler) Präventionsrat
Die Einrichtung eines (lokalen) Präventionsrates ist aus Sicht des LPR Niedersachsen (LPR) grundsätzlich *sehr empfehlenswert.* Es existiert dann eine Instanz, die sich zeitnah mit tatsächlich wahr genommenen Konfliktthemen (der Kriminalprävention) beschäftigen und Lösungen erarbeiten kann. Da für gibt es bei landesweit rd. 200 Kommunalen Präventionsräten diverse positive Beispiele.

Zu wichtigen Voraussetzungen eines solchen Gremiums zählen u. a. :
- Die Mitarbeit *aller* wichtigen zivilgesellschaftlichen lokalen Akteure
- Die Akzeptanz durch die Kommunal-/Lokalpolitik
- Eine praxisorientierte und kompetente Beschäftigung mit als bedeutsam identifizierten Themen der Kriminalprävention
- Die frühzeitige Vernetzung mit regionalen Netzwerken auf *allen* Ebenen.

Fachkompetente und kostenlose Beratung zur Gründung eines lokalen Präventionsrates beim LPR Niedersachsen durch Kollegin Heike Ehlers (0511-120-5256) oder Kollegen Bernd Strauch (0511-120-5251).
Aus Sicht des LPR Niedersachsen ist anzumerken, dass sich die ganz große Mehr-zahl der Kommunalen Präventionsräte im Lande *nicht* im Schwerpunkt mit rechts-extremen Erscheinungsformen beschäftigt. Gleichwohl existieren bei einer Reihe dieser Gremien aber Arbeitsgruppen oder –kreise, die sich mit Themenkreisen wie „Demokratieförderung", „Integration" oder „vielfältige Gesellschaft" befassen.

2. Die Arbeit Kommunaler Präventionsräte hat in mehreren Bereichen Niedersachsens zum Erkennen lokaler/regionaler *rechtsextremer* Strukturen bzw. zur Prävention entsprechender Erscheinungsformen beigetragen. U. a. haben Beratungsgespräche mit Eltern statt gefunden, deren Sohn oder Tochter in die rechtsextreme/rechtsaffine
Szene eingebunden war. In einigen Fällen fanden mit Unterstützung des LPR in Schulen Theateraufführungen mit Themenbezug und sich anschließende längere Gespräche mit Schüler/innen statt. In mehreren Kommunen wurden rund um eine über den LPR zur Verfügung gestellte Fachausstellung Projekt- bzw. Aktionswochen durch Initiative eines Kommunalen Präventionsrates durchgeführt. Einige Kommunale Räte sind als Gremium Mitglied in zivilgesellschaftlichen Bündnissen für Demokratie und Vielfalt, gegen Rechtsextremismus geworden.
Zur Planung und Mitvorbereitung zielorientierter präventiver Maßnahmen auf dem Themenfeld steht die beim LPR Niedersachsen eingerichtete *Landeskoordinierungsstelle* zur Umsetzung des (jeweiligen) Bundesprogrammes – momentan TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN – zur Verfügung. Mit Unterstützung des 2007 eingerichteten *Landesberatungsnetzwerkes* können Projekte und Maßnahmen unterstützt werden. Weitere Informationen unter www.lpr.niedersachsen.de .
Die beim Nds. Innen- und Sportministerium eingerichtete *Niedersächsische Extremismus und Informationsstelle (NEIS)* führt auf Anfrage z. B. Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer durch. Bei dieser Stelle liegen eine Reihe fachspezifischer Informationsmaterialien bereit.

Der *Landessportbund Niedersachsen (LSB)* realisiert themenbezogene Beratungen für Sportvereine und –verbände.

3.Die Mitglieder des Lenkungsausschusses des Kommunalen Kriminalpräventionsrates (KKP) haben am 21.02.2012 anlässlich einer ausführlichen Beratung eine Reihe von Empfehlungen zum Umgang mit rechtsextremen Erscheinungsformen in der LH Hannover heraus gegeben, die über die städtische Homepage abrufbar sind.
Durch den LPR Niedersachsen wurden seit 2006 knapp 25 Fach-, Informations-, Beratungs- und Fortbildungsveranstaltungen im Bereich der Region und der LH Hannover durchgeführt.

Frau Cathrin Weber, Vors. des Kommunalen Kriminal-Präventionsrates Döhren-Wülfel trug ihren Vortrag (**Anlage 2**) anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.

Bezirksratsherr Schneider wies auf die im Vorjahr verabschiedete Resolution des Stadtbezirksrates hin und fragte nach Tips für die Arbeit, gerade auch in Hinsicht auf die Vereine und Verbände.
Herr Bücker antwortete, dass man umfangreiches Material habe, was sich Vereine und Verbände, aber auch der Stadtbezirksrat holen könne.
Bezirksratsherr Oppelt sagte, dass er nach den Vorträgen von Herrn Lochter und Herrn Freter schon eine erhebliche Bedrohungslage in der Stadt sehe und für ihn stelle sich die Frage, inwiefern Präventionsräte, gerade auf lokaler Ebene, dieses verbessern könnten. zumal man ja gehört habe, dass es keine stadtteilspezifischen Dinge gebe. Vielleicht wäre dann doch ein gut funktionierender Präventionsrat auf Stadtebene wichtiger als mehrere in den Stadtteilen. Frau Weber lobte er für die engagierte Arbeit.
Herr Bücker führte aus, dass man auch Kontakte zu KKPs in der Region unterhalte. Wenn man keinen Präventionsrat wolle, wäre es auch möglich Runde Tische oder ähnliches als Vorstufe zu installieren. Ein Urteil über den hiesigen Stadtbezirk wolle er sich nicht erlauben. Aber er würde empfehlen ernsthaft die Einrichtung eines Gremiums zu prüfen.
Frau Weber ergänzte, dass man auch Erfolgserlebnisse benennen könne, so wie die Auszeichnung von Bürgern, die einem Schwarzafrikaner halfen.

Frau Sigrid Leuschner, MdL, stellvertretende Sprecherin für Inneres und Sport der SPD-Landtagsfraktion und Vorsitzende des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes führte aus:
Herr Bezirksbürgermeister, meine Damen und Herren,
ich freue mich über Ihre Einladung und möchte mich Ihnen kurz vorstellen.

Mein Name ist Sigrid Leuschner, Landtagsabgeordnete der SPD, stellvertretende innenpolitische Sprecherin meiner Fraktion und leite das Forum „Gegen Rechts“ des SPD-Landesverbands Niedersachsen. Im Rahmen dieses Forums haben wir in den letzten Jahren sieben sehr gut besuchte Veranstaltungen zu einzelnen Aspekten der gesellschaftlichen Ursachen von Rechtsextremismus durchgeführt.
Seit Jahren erarbeite ich mich für meine Fraktion Entschließungsanträge zum Thema „Ursachen von Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“.

Rechtsextremismus ist kein Problem der neuen Länder oder sozial benachteiligter Jugendlicher. Rechtsextremismus ist vielmehr ein Problem in der Mitte unserer Gesellschaft. Als Grundlage für diese Aussage führe ich die aktuellen wissenschaftlichen Langzeituntersuchungen, z. B. die „Mitte-Studien“ der Friedrich-Ebert-Stiftung und die „Deutsche Zustände“ Studien des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an. Diese Studien belegen, dass chauvinistische, ausländerfeindliche, antisemitische, sozialdarwinistische und antidemokratische Positionen und Meinungen längst in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen sind. Zusätzlich wurde ein neuer

Aspekt bei diesen Untersuchungen festgestellt. In den letzten Jahren haben Vorurteile gegenüber Menschen muslimischen Glaubens zugenommen.

Opfer rechter Gewalt werden häufig nicht erkannt. Oft zeigen sie ihre Straftaten nicht an. Die Anzahl verbaler und körperlicher Angriffe gegen Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe und Religionszugehörigkeit wird oft unterschätzt. Wohnungslose, Schwule und Lesben, Menschen mit körperlichen und psychischen Handikaps u. a. werden zunehmend Opfer von Gewalttaten und oft üben ganze Tätergruppen Gewalt gegen einzelne Opfer aus. Deshalb wir dieses auf einer Veranstaltung des Forums „Gegen Rechts“ in den Mittelpunkt unserer Diskussion gestellt und uns mit dem Begriff „Hate Crimes“ auseinandergesetzt.

Die SPD-Landtagsfraktion hat mit ihren Entschließungsanträgen: "Demokratieerfahrungen fördern, Partizipationsmöglichkeiten stärken, den Integrationsgedanken umsetzen und Menschenrechtsbildung ausbauen - Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Antisemitismus" vom November 2008 und "Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus und Islamophobie - Stellenwert der politischen Bildung wieder erhöhen!" vom Februar 2011 Handlungskonzepte erarbeitet und diese in die parlamentarische Beratung eingebracht. Sie beinhalten eine gesellschaftliche und politische Gesamtstrategie zur Bekämpfung der Ursachen von Rechtsextremismus. Wir haben ein aufeinander abgestimmtes, auf Stetigkeit ausgerichtetes Maßnahmenpaket gegen Rechtsextremismus vorgelegt.

Wir haben integrative, auf Stetigkeit ausgerichtete Konzepte vorgelegt, die neben repressiven sowohl sozial- als auch bildungs- und integrationspolitische Maßnahmen eingeschlossen hatten. Darüber hinaus sollten Menschen zu zivilgesellschaftlichen Aktivitäten ermuntert werden. Leider haben die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP unsere Entschließungsanträge abgelehnt.
Bereits im September 2009 hatten wir zuvor einen Entschließungsantrag in den Landtag eingebracht. Inhalt dieses Antrags war die Forderung nach Einleitung eines erneuten NPD-Verbotsverfahren. Im November 2009 wurde dieser Antrag aber mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.
Die Ausführungen der anderen Experten zum Thema „Besseres Hannover“ kann ich nur unterstützen.

Ich habe in Zusammenarbeit mit dem SPD-Ortsverein Kleefeld-Heideviertel eine gut besuchte Veranstaltung zum Thema „Rechtsextremismus in Kleefeld: Was können, was müssen wir tun?“ im September initiiert und durchgeführt. Anlass war der Aufmarsch von mehreren Dutzend Neonazis im Juni letzten Jahres durch die Kapellenstraße in Kleefeld. Die Teilnehmer dieses Aufmarsches zogen maskiert und mit Fackeln durch die Straßen und schüchterten durch ihre Ausrufe und Parolen die Bewohnerinnen und Bewohner massiv ein. Am 10. Februar wurde ich darüber informiert, dass Mitglieder von „Besseres Hannover“ am Wochenmarkt auf dem Fiedelerplatz einen Infostand aufgestellt hatten.
Aus Protest gegen die Aktion dieser Gruppierung haben Frauen aus Döhren spontan die Gruppe „Frauen in Döhren aktiv“ (FrieDa) gegründet. Am nächsten Markttag am 17. Februar haben sie gemeinsam mit mir Infomaterial gegen „Besseres Hannover“ und die rechtsextremistischen Hintergründe dieser Gruppe in Döhren verteilt und die umliegenden Geschäftsleute gebeten, dieses Flugblatt auszuhängen.

Herr Bezirksbürgermeister, meine Damen und Herren, menschenfeindliche, rassistische, chauvinistische, antisemitische und islamfeindliche Positionen werden in fast allen Teilen der Gesellschaft vertreten.
Deshalb muss den Ursachen von Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auf allen gesellschaftlichen Ebenen und in allen Altersgruppen der Boden entzogen werden. Wir müssen uns gemeinsam dagegen zur Wehr setzen und

zivilgesellschaftliches Engagement zeigen, damit rechtsextremistischen Gruppierungen endlich der Boden entzogen wird.

Abschließend möchte ich noch einmal die Forderungen der SPD-Landtagsfraktion zusammenfassen. Wir fordern:

- das NPD-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht vorantreiben und ein Verbot weiterer neonazistischer Organisationen prüfen.
- das Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus und Islamophobie umsetzen.
- den Unterrichtsinhalt „Menschenrechtsbildung“ bereits in der Grundschule einführen.
- die Landeszentrale für politische Bildung als überparteiliche und parlamentarisch kontrollierte Einrichtung wiedereinführen. Ihr sollte die Koordination der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten gegen den Rechtsextremismus obliegen.

zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus fördern und dauerhaft unterstützen sowie die Extremismusklausel auf Bundesebene abschaffen.

Nächster Anzuhörender ist **Herr Aram Ali** Mitglied im Bündnis gegen Rechts.
Sehr geehrte Damen und Herren,
ich bedanke mich erstmal für die Einladung zu dieser Anhörung und finde es sehr positiv, dass der Stadtbezirksrat sich mit dem Thema „Nazis in Hannover“ auseinandersetzt.
Mein Name ist Aram Ali. Ich studiere Rechtswissenschaften an der Uni Hannover und bin im antifaschistischen Bereich in der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend, im Bündnis gegen Rechts und in der IGM-Jugend aktiv. Ich habe in den letzten Jahren mehrere Demonstrationen und Aktionen gegen Rechts in Misburg und Kleefeld mitorganisiert und angemeldet.
In meinem Bericht gehe ich auf folgende Punkte ein:

- Welche Nazispektren sind in Hannover aktiv und welche Gruppierungen bedürfen der besonderen Beachtung?
- Wie sind diese Gruppen inhaltlich einzuschätzen? Welche Aktionen werden von ihnen betrieben?
- Inwieweit betrifft die Naziproblematik den Stadtteil Kleefeld?
- Welche Maßnahmen sind erforderlich, um mit diesem Problem umzugehen?

In Hannover sind verschiedene Spektren des Neofaschismus vertreten: die „autonomen Nationalisten“ von der Gruppierung „Besseres Hannover“, rechte Hooligans von der „Royal riot Hannover“, die NPD als parteipolitisches Bindeglied und schließlich auch rechtspopulistische Parteien, die inhatliche Überschneidungen mit diesen Gruppen, jedoch personell keine Verbindungen haben wie z.B. „die Hannoveraner“ oder „DIE FREIHEIT“.
In den letzten Monaten ist immer wieder die Gruppierung „Besseres Hannover“ in der Öffentlichkeit genannt worden. Sie ist die aktivste Nazigruppierung in der Stadt und in Kleefeld. Daher werde ich diese Gruppierung als Schwerpunkt meines Berichts nehmen.

<u>Besseres Hannover</u>
Diese Initiative, die eine angebliche Schülerzeitung herausgibt, ist ein Bündnis von gewaltbereiten und mehrfach vorbestraften Nazis und ehemaligen Mitgliedern der NPD aus Hannover.
So fungierte der ehemalige NPD-Vorsitzende Marc-Oliver Matuszewski, vorbetraft wegen Sachbeschädigung, als Bindeglied zwischen der NPD und den gewaltbereiten „Autonomen Nationalisten“. Patrick Heise, ein weiteres Mitglied der Initiative, ist mehrfach vorbestraft wegen Körperverletzung und Zeigen verfassungsfeindlicher Symbole.
Die Jugendszene der Nazis hat sich stark verändert. Deshalb werden z.B. Neonazis beim Flyer verteilen nicht direkt als solche wiedererkannt (Prototyp: Glatze, Springerstiefel, Bomberjacke). Um ihr Image aufzupolieren und sich für andere Jugendsubkulturen zu öffnen, kleiden sich die Nazis immer unauffälliger und versuchen linke Symbole und

Kleidungsstücke für sich zu besetzen. Daher nennen sie sich in Anlehnung an den „schwarzen Block“ auch „autonom“. Auch wenn Sie ihren Kleidungsstil ändern, bleibt ihre menschenverachtende Ideologie gleich!

Diese Gruppe, die im Jahr 2008/09 gegründet wurde, hat ihr Aktionsgebiet und –spektrum stetig erweitert. Anfangs wurden besonders in Kleefeld und Misburg Aufkleber und Plakate verklebt, später wurde zu Nazidemonstrationen mobilisiert, dann wurden linke Schüler- und Studentendemos gestört bzw. angegriffen. Wie Sie bereits mitbekommen haben, hat auch die Nazigruppierung mit anderen Neonazis aus dem Bundesgebiet einen Fackelmarsch durchgeführt und am nächsten Tag mit Flyern die AnwohnerInnen bedroht und MigrantInnen zur Ausreise aufgefordert. Nun konzentriert sich die Gruppierung durch angebliche Schülerzeitungen und rassistischen Provokationen im Internet Aufsehen zu erregen.
Die Gruppe „Besseres Hannover“ fordert z.B. in einem Video den „nationalen Sozialismus“ und eine Volksgemeinschaft in Anlehnung an das Dritte Reich. Dabei sollen MitbürgerInnen mit Migrationshintergrund aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden, da sie immer als potenziell kriminell gelten. Dies wurde mit ihrem weiteren Video mit dem „Abschiebär“ deutlich, der auch an die niedersächsische Ministerin Özkan als Androhung verschickt wurde.

Mit ihren Schulverteilungen versuchen sie ihre Inhalte an Schülerinnen und Schüler zu propagieren. „Bock-Das Sprachrohr der Gegenkultur“ ist eine vermeintliche Schülerzeitung der Neonazis, die nun in mehreren Ausgaben an hannoverschen Schulen verteilt wurde. Gleich in der ersten Ausgabe findet sich ein Bild, auf dem mehrere Vermummte um den Schriftzug „Nationaler Sozialismus“ stehen in Anspielung auf den historischen Nationalsozialismus. Auf den folgenden Seiten geht es aber auch nicht allein um „Ausländer raus“ und Hitler-Verehrung. Zwar zieht sich der Rassismus wie ein roter Faden durch das Heft, daneben haben die Herausgeber aber vor allem ein Ziel: Sich selber als Kämpfer gegen „das System“, den Staat, für „die Freiheit“ und damit als konsequenteste Opposition gegen die etablierten Parteien darzustellen.

Im Leitartikel wird eine vermeintliche Sonderstellung von ausländischen Mitbürgern und Juden in der Justiz dargestellt. Angesprochen wird auch die fehlende Bindung zwischen gewählten Politikern und der Bevölkerung. Im weiteren Text des Leitartikels wird die Abhängigkeit der Medien von der Politik und staatliche Überwachung angeprangert.
Daher stelle ich an diesem Punkt eine These auf und zwar: Die Gefährlichkeit dieser Gruppierung liegt darin, dass sie soziale und politische Probleme für ihre Zwecke missbraucht und mit rassistischen Vorurteilen, die in der Gesellschaft existieren, verbindet. Mit aktionistischen Protestformen versuchen sie Jugendliche für ihre Politik zu vereinnahmen.
Diese Feststellung ist meiner Ansicht nach wichtig, um zu wissen, wie man gegen das Problem vorgehen soll.

<u>Kleefeld</u>
In Kleefeld ist diese Gruppierung sehr häufig aufgetreten. Anfangs nur mit Aufklebern und Plakaten, Auftreten auf öffentlichen Plätzen wie am Kantplatz, später mit einem Angriff auf eine antifaschistische Kundgebung und einem Fackelmarsch. Außerdem wurden in den letzten Monaten und Jahren sehr oft Nazigraffiti im Stadtteil gesprüht. Daher bin ich der Überzeugung, dass Kleefeld ein Schwerpunkt der Nazis ist. Deshalb ist es mehr als notwendig, dass staatliche und gesellschaftliche Akteure gegen dieses Problem vorgehen.
Nun komme ich zur letzten Frage und damit zum Schluss.
Welche Maßnahmen sind erforderlich, um mit diesem Problem umzugehen?

Ich bin der Überzeugung, dass man die Mitglieder solcher Gruppierungen von der Notwendigkeit einer Demokratie und der Solidarität zwischen den Menschen unterschiedlicher Herkunft nicht überzeugen kann. Daher müssen wir bei den unpolitischen Jugendlichen ansetzen und sie vor den Gefahren faschistischer Gruppierungen warnen. Daher bin ich der Ansicht, dass folgende Maßnahmen notwendig sind:

- Die Schaffung eines örtlichen Runden Tisches gegen Rechts, um örtliche Vereine und Gruppierungen miteinzubeziehen, zu aktivieren und Projekte zu organiseren.
- Die aktive Zusammenarbeit zwischen Bezirksrat, Schulen und Jugendeinrichtungen, um direkt die Jugendlichen zu erreichen.
- Die Organisierung von Jugendfahrten zu Gedenkstätten wie z.B. zu Bergen-Belsen oder in Ahlem.
- Die Aufklärung über neofaschistische Strukturen und ihrer rassistischen und antidemokratischen Inhalte.
- Eine aktive Stadtteilpolitik, um die Menschen verschiedene Herkunft zusammen zu bringen, kulturellen Austausch zu betreiben und die lokalen Probleme im demokratischen und solidarischen Miteinander zu lösen.

Das sind natürlich sehr viele Maßnahmen und der Bezirksrat hat noch viel mehr Probleme zu lösen. Daher ist es wichtig, dass die Menschen vor Ort Verantwortung übernehmen. Der Bezirksrat kann sie jedoch dabei unterstützen und für die ehrenamtliche Mitarbeit im Stadtteil werben.

Herr Limburg MdL war der letzte Anzuhörende.
Nazis werden im Stadtteil aktiv – Ignorieren oder Aktiv werden? Und wenn aktiv werden: Was tun?
<u>Warum man Naziaktivitäten nicht ignorieren sollte:</u>

1. Es ist kein Fall bekannt, in dem eine Kommune oder ein Land Nazis durch Ignorieren wieder zum Verschwinden gebracht hätte. Wunsiedel, Bad Nenndorf, Dresden und das Land Sachsen haben Nazis jahrelang ignoriert. In allen Fällen führte das zunächst dazu, dass die Nazis von Jahr zu Jahr in größerer Zahl angereist sind. Erst seit es in den Orten aktive zivilgesellschaftliche Gegenaktivitäten gegen Naziaufmärsche gibt geht die Zahl der Demonstranten aus dem rechtsextremen Spektrum zurück.

2. Ignorieren mag westeuropäisch aussehenden Durchschnittsdeutschen noch vergleichsweise leicht möglich sein, weil sie nicht direkt in das Feindbild der Nazis passen. Personen, die „ausländisch“ aussehen, die Behinderungen haben, jüdischen oder islamischen Glaubens sind oder ähnliches können nicht so leicht ignorieren, wenn ihnen durch Aufmärsche von Nazis die Zugehörigkeit zu unserer Gesellschaft oder teilweise sogar das Lebensrecht abgesprochen wird. Diese Menschen brauchen die Solidarität der gesamten Gesellschaft und das deutliche Signal, dass sie nicht alleine stehen, sondern, dass die Gesellschaft sich hinter sie stellt.

3. Kinder und Jugendliche müssen Demokratie notwendigerweise erst „erlernen“. Wenn sie sehen und erleben, dass Nazis unwidersprochen durch Straßen marschieren und ihre Parolen brüllen können, dann könnte für sie der Eindruck entstehen, dass das die Mehrheitsmeinung, zumindest aber eine allgemein akzeptierte Meinung sei. Stattdessen müssen sie demokratischen Widerstand gegen rechtsextreme Umtriebe vorgelebt bekommen (Gegendemonstrationen, Flugblätter, Vortragsveranstaltungen gegen rechts, etc.)

Was man tun kann:
1. Sich zusammenschließen
Um sich zum einen ein Gesamtbild über Naziaktivitäten in einem Stadtbezirk machen zu können und zum anderen eng vernetzt und gegenseitig unterstützend aktiv werden zu können, sind feste stadtteilbezogene Vernetzungsstrukturen sinnvoll. Sportvereine, Feuerwehren, SozialarbeiterInnen, Schützenvereine, Schulen, Verbände, Parteien und deren Jugendorganisationen, Polizei, Kirchen und andere können sich so gegenseitig über ihnen in ihrem jeweiligen Umfeld bekannt gewordene Aktivitäten von rechts informieren. Daraus kann sich dann leichter ein zusammenhängendes Bild ergeben
2. Sich über Nazis informieren
Wer gegen Nazis aktiv werden möchte, muss zunächst sich selbst, aber auch die Öffentlichkeit, darüber informieren was Nazis eigentlich ausmacht. Welche Ideologie, welches Weltbild steckt dahinter? Welche Kleidungsstile sind „in“ bei Nazis? Wie erkenne ich Nazimusik? Welche Strategien verfolgen Nazis?
3. Wo immer Nazis aktiv sind, müssen DemokratInnen auch aktiv sein
Wenn Nazis eine Demonstration durchführen, können DemokratInnen über ein stabiles Netzwerk schnell und zeitnah für eine Gegendemonstration mobilisieren. Wenn es Naziübergriffe gibt, können über Netzwerke Mahnwachen schnell organisiert werden. Wenn es rassistische Sprüche in Schulen oder Vereinen gibt, sollten Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu dem Thema organisiert werden.

Wie kann ein solches Netzwerk entstehen?
Ein entsprechendes Netzwerk kann ein kommunaler Präventionsrat sein. Man kann aber auch erstmal, quasi als Vorstufe, einen „Runden Tisch gegen Rechtsextremismus“ gründen. Darin könnten sich oben genannte Institutionen zusammenschließen.

TOP 4.
EIGENE MITTEL des Stadtbezirksrates

TOP 4.1.
Zuwendung 02/2012, VCP Kleefeld-Buchholz, Anschaffung Gesellschaftsspiele (Drucks. Nr. 15-0523/2012)

Der Bezirksrat bewilligt nachstehende Zuwendung aus dem Haushalt seiner Eigenen Mittel:

Empfänger :	VCP Kleefeld-Buchholz
Betrag :	bis zu **150,00 €**
Verwendungszweck :	Anschaffung Gesellschaftsspiele (Zuwendung 02/2012)

Einstimmig

TOP 4.2.
Zuwendung 03/2012, Turnverein Kleefeld von 1888 e.V., Anschaffung Leichtbodenturnmatte
(Drucks. Nr. 15-0524/2012)

Der Bezirksrat bewilligt nachstehende Zuwendung aus dem Haushalt seiner Eigenen Mittel:

Empfänger :	Turnverein Kleefeld von 1888 e.V.
Betrag :	bis zu **1.774,29 €**
Verwendungszweck :	Anschaffung Leichtbodenturnmatte (Zuwendung 03/2012)

Einstimmig

TOP 4.3.
Zuwendung 04/2012, GS Lüneburger Damm, Materialkosten für Jungen-Gewaltpräventioneprojekt
(Drucks. Nr. 15-0525/2012)

Der Bezirksrat bewilligt nachstehende Zuwendung aus dem Haushalt seiner Eigenen Mittel:

Empfänger :	GS Lüneburger Damm
Betrag :	bis zu **380,00 €**
Verwendungszweck :	Materialkosten für Jungen-Gewaltpräventioneprojekt (Zuwendung 04/2012)

Einstimmig

TOP 5.
EIGENE MITTEL des Integrationsbeirates

TOP 5.1.
IB 01-2012; Bürgerbeteiligungsprojekt Kunst im öffentlichen Raum; Wandmosaik
(Drucks. Nr. 15-0454/2012)

aus Mitteln des Integrationsbeirates Buchholz-Kleefeld werden 1.000,- € für das Bürgerbeteiligungsprojekt "Wandmosaik - Kunst im öffentlichen Raum" zur Verfügung gestellt.

Einstimmig

TOP 5.2.
IB-02-2012: Kulturelle Gleichstellung im Jugendzentrum Roderbruch
(Drucks. Nr. 15-0458/2012)

aus Mitteln des Integrationsbeirates Buchholz-Kleefeld werden 1139,75,-€ für das Integrationsprojekt "Kulturelle Wurzeln" zur Verfügung gestellt.

Einstimmig

TOP 6.
A L L G E M E I N E V E R W A L T U N G S V O R L A G E N

TOP 6.1.
E N T S C H E I D U N G

TOP 6.1.1.
Erneuerung Spiel- und Bolzplatz In den Sieben Stücken/Löfflerweg, Buchholz (Drucks. Nr. 15-0487/2012 mit 2 Anlagen)

Bezirksratsherr Borstelmann begrüßt die Erneuerung, fragt aber kritisch nach, warum der Schulhof der GS Groß-Buchholzer Kirchweg trotz Beschluss des Bezirksrates noch immer nicht geöffnet ist.

Antrag,
der Erneuerung des Spiel- und Bolzplatzes In den Sieben Stücken/Löfflerweg in Hannover-Buchholz zuzustimmen und die Ausstattung entsprechend der Anlage zu beschließen.

- Entscheidungsrecht des Stadtbezirksrates gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1a Hauptsatzung der Landeshauptstadt Hannover -
Finanzielle Auswirkungen
Finanzhaushalt
Investitionsmaßnahme I.55102.907
Öffentliches Grün, Spielplätze, Sonstige Maßnahmen 90.000,00 €
Ansatz 2012

Einstimmig
TOP 6.2.
A N H Ö R U N G

TOP 6.2.1.
Aufstellung von Containern auf Wertstoffinseln im Stadtgebiet (Drucks. Nr. 0199/2012 mit 2 Anlagen)

Bezirksratsherr Wolters machte deutlich, dass er geklärt haben möchte, warum hier ein Sondernutzungsvertrag abgeschlossen wird, ohne dass vorher eine Ausschreibung/ein Vergabeverfahren erfolgt, welches Unternehmen die Container aufstellen darf. Das entsorgen von Altkleidern sei ja keine hoheitliche Aufgabe, sondern eine Tätigkeit am Markt, die dem Wettbewerb zugänglich sei und deshalb üblicherweise ausgeschrieben werden müsse. Die Stadt müsse ein Interesse daran haben einen guten Preis für die Vergabe einer solchen Dienstleistung zu erzielen. Das gewählte Verfahren sei aus seiner Sicht suboptimal und rechtswidrig. Man könne sich dem Wettbewerb stellen und müsse nicht vorher Fakten schaffen.
Herr Babel stellte klar, dass das Verwaltungsgericht bei einem Verfahren im letzten Jahr nur bemängelt hat, dass die Vergabe des alten Vertrages nicht transparent genug war und dass der Rat nicht beteiligt wurde. Die Vergabe als solches wurde nicht bemängelt. Deshalb wolle man es diesmal besser machen, aber sich eben auch an diesem Urteil orientieren. Alles was die Allgemeinnutzung von Straßenraum einschränke unterstehe dem Sondernutzungsrecht. In der entsprechenden Satzung ist das Sammeln von Wertstoffen eindeutig geregelt, inklusive den Gebühren. Man hätte also gar nicht die Möglichkeit auszuschreiben und dann den Meistbietenden zu nehmen, da es sich um feste Sätze handle. Theoretisch könne jeder Wertstoffe sammeln.

Bezirksratsherr Plotzki brachte zum Ausdruck, dass es der SPD-Fraktion wichtig sei, dass es ein sauberes Straßenbild gebe und das könne man bei den Erfahrungen, die man gemacht habe von einem kommunalen Unternehmen eher erwarten. Deshalb werde man das vorgelegte Konzept unterstützen.
Bezirksratsherr Wolters sagte, dass man sich einig sei, dass die Aufstellung von Containern an zentralen Stellen sein muss. Die Freiwilligkeit reiche da nicht aus, sondern nach seiner Meinung müsse ein Vergabeverfahren betrieben werden. Er sei nicht gegen eine Sondernutzungsentscheidung, frage sich aber warum aha sich nicht dem Wettbewerb stellen soll. aha könne ja gewinnen, wenn sie die Besten sind. Die Chancen sind sicher gut. Aber die Stadt solle nicht von vornherein auf Erlöse aus einem Wettbewerb verzichten. Man riskiere damit den nächsten Prozess, zumal schon Anbieter geäußert hätten, dass sie mehr zahlen würden, als man an Sondernutzungsgebühren einnähme.
Herr Babel machte noch einmal deutlich, dass man sich keinem Wettbewerb stellen könne, da man an die Gebührensatzung gebunden sei. Weiterhin verwies er darauf, dass es auch im Altkleidersektor gute und schlechte Jahre gäbe. Man wolle eine rechtlich saubere Lösung haben, mit einem Partner, mit dem man sauber zusammen arbeiten könne, zumal aha ja bereits Glas sammle. Und 2 Partner auf einer Wertstoffinsel gebe wieder Probleme. aha habe einen Antrag gestellt und diesem wolle die Stadt stattgeben. Dieses habe man in der Drucksache auch so dargestellt.

Bezirksratsherr Borstelmann sagte, dass man die Meinung von Herrn Wolters teile. Man wundere sich, dass das Ganze so schnell über die Bühne bringen wolle. Er ging kurz auf den zeitlichen Ablauf ein, in dessen Ergebnis er glaube, dass es gar keinem anderen Anbieter möglich gewesen wäre noch einen Antrag zu stellen. Die CDU-Ratsfraktion habe die Kommunalaufsicht eingeschaltet mit der Frage, ob die Landeshauptstadt so verfahren dürfe. Die Stadt sage, dass das Verfahren transparent sei, das sehe er so nicht.
Herr Babel sagte, dass es noch 2 weitere Anträge gibt. Die Drucksache bestehe aus 2 Teilen. Der erste Teil ist, dass man nur noch auf Wertstoffinseln die Wertstoffe sammeln wolle und der zweite Teil, dass aha den Zuschlag bekommen soll.
Bezirksratsherr Borstelmann verwies so wie Herr Wolters darauf, dass man bedeutend höhere Einnahmen erzielen könne bei einer Ausschreibung, zumal es ja noch 2 Interessenten gebe. Er sehe auch nicht die Eilbedürftigkeit und würde es deshalb gerne zur Beratung in die Fraktion ziehen.
Bezirksratsfrau Zaman meinte, dass Wettbewerb ja eigentlich anders wäre, als das was nach den gesetzlichen Grundlagen in diesem Fall möglich ist. Herr Babel habe ja erklärt, dass so oder so nicht mehr Geld reinkommen würde, da man an die Gebührenordnung gebunden ist. Sie würde von der Verwaltung noch einmal eine Klarstellung haben wollen, ob das so ist und ob es keine andere Möglichkeit gibt.

Bezirksratsherr Plotzki fragte zur Geschäftsordnung, inwiefern überhaupt eine Drucksache die angehört wird in die Fraktion gezogen werden kann.
Herr Selig antwortete, dass dies natürlich möglich sei. Er wies aber darauf hin, dass nach der 2. regulären Sitzung die Drucksache auch ohne Votum des Bezirksrates als angehört gilt.
Herr Babel ging noch auf die Frage von Frau Zaman ein. Das Gericht habe nicht das Verfahren der Vergabe gerügt, sondern nur die Tranzparenz und dass man den Rat nicht beteiligt habe. Auf die Zeitschiene Bezug nehmend erläuterte er, dass man sich seit Jahresbeginn in einem rechtsfreien Zustand befinde und man eigentlich alle Container sofort einsammeln müsse, da der alte Vertrag ausgelaufen sei. Man wolle aber eine geordnete Wertstoffsammlung haben und dies sei Ziel der Drucksache.
Herr Selig wies darauf hin, dass es auf Grund der Eilbedürftigkeit sein könne, dass der Oberbürgermeister eine Sondersitzung anstrebt.
Bezirksratsfrau Tasyürek fragte zur Geschäftsordnung, ob man durch Abstimmung das "in

die Fraktion ziehen" verhindern könne.
Herr Selig bestätigte das.
Bezirksratsherr Oppelt gab zu bedenken, dass man dann eine gute demokratische Tradition verlassen würde. Bis jetzt sei man sich immer einig gewesen, dass jeder einen Beratungsgegenstand in die Fraktion ziehen könne und die anderen es auch akzeptieren.
Bezirksratsherr Wolters schloss sich der CDU-Fraktion an. Aus seiner Sicht sei das Verfahren bis jetzt nicht transparent dargestellt worden. Bis zur nächsten Sitzung könne man viele Sachen ausräumen. Er fände es mutig unter den gegebenen Umständen jetzt darüber abzustimmen, zumal er die Eilbedürftigkeit nicht sehe.

Die SPD beantragte 5 Minuten Sitzungsunterbrechung. Der Bezirksbürgermeister unterbrach die Sitzung von 21:45 bis 21:49

Frau Tasyürek gab bekannt, dass die SPD auf ein verhindern des "in die Fraktion ziehen" verzichtet.
Herr Selig sagte, dass er in der kommenden Woche eine Mail an den Interkreis senden werde, wie der weitere Verfahrensweg ist bezüglich Sondersitzung und Beantwortung der offen gebliebenen Fragen.

1. das Konzept „Wertstoffinsel“ wird auf öffentlichen Straßen umgesetzt

2. der Zweckverband Abfallwirtschaft Region Hannover (aha) erhält aufgrund des Antrags vom 12.01.2012 eine Sondernutzungserlaubnis ab dem 01.04.2012 zum Aufstellen von Wertstoffcontainern für Alttextil, Altglas und Altpapier auf allen Wertstoffinseln auf Widerruf.

Auf Wunsch der CDU in die Fraktionen gezogen

TOP 7.
A N T R Ä G E

TOP 7.1.
Interfraktionell

TOP 7.1.1.
Umsetzung des Verkehrskonzeptes in Bothfeld – Umsteigehaltestelle Noltemeyerbrücke (Buchholz-Kleefeld)
(Drucks. Nr. 15-2400/2011)

Der Bezirksrat möge beschließen:

Bezug nehmend auf die gutachterliche Verkehrsuntersuchung zur Umsetzung des Verkehrskonzeptes im Stadtbezirk Bothfeld-Vahrenheide (Drucksache Nr. 15-1885/2011), wovon der Stadtbezirk Buchholz-Kleefeld mit der Umsteigehaltestelle Noltemeyer Brücke betroffen ist, ist nach Auffassung des Bezirksrates Buchholz-Kleefeld in Punkt 3. „Beschreibung des Verkehrskonzeptes“ folgende wichtige Änderung/Ergänzung vorzunehmen:

Die Haltestelle Noltemeyerbrücke der Buslinie 125 (Fahrtrichtung Meierwiesen) in der Sutelstraße wird in die Umsteigeanlage Noltemeyerbrücke integriert.

Abgesetzt

TOP 7.2.
gemeinsame Anträge der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

TOP 7.2.1.
Aufstellung eines Wetterschutzhäuschen an der Bushaltestelle Nackenberg
(Drucks. Nr. 15-0375/2012)

Bezirksratsfrau Tasyürek meldete sich zur Geschäftsordnung und regte an, die Anträge auf Grund der fortgeschrittenen Zeit ohne vorlesen abzustimmen, da sie ja schriftlich vorlägen.
Bezirksbürgermeister G. Fischer regte an, die Anfragen ebenfalls mit dem Protokoll zu beantworten.
Die Bezirksratsmitglieder hatten keine Einwände und stimmten zu.

Antrag

Der Bezirksrat möge beschließen:
Die Verwaltung der Landeshauptstadt Hannover wird gebeten, bei der Region Hannover bzw. üstra darauf hinzuwirken, an der Bushaltestelle Nackenberg (Linie 123, 124 Fahrtrichtung Kirchrode) ein überdachtes Wartehäuschen mit Sitzgelegenheit zu errichten.

Einstimmig

TOP 7.2.2.
Führung durch die südliche Eilenriede im Stadtbezirk Buchholz-Kleefeld
(Drucks. Nr. 15-0376/2012)

Der Bezirksrat möge beschließen:
Die Verwaltung wird aufgefordert, mit dem Leiter des Forstbetriebes, Herrn Gerd Garnatz im Bereich Forsten, Landschaftsräume und Naturschutz (OE 67.71) im Fachbereich Umwelt und Stadtgrün einen Termin für eine Führung des Bezirksrates Buchholz-Kleefeld durch die südliche Eilenriede abzusprechen und festzulegen.

Einstimmig

TOP 7.2.3.
Tempo 30 Zone in der Berckhusenstr. vor den Schulen einrichten
(Drucks. Nr. 15-0422/2012)

Antrag

Der Bezirksrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, eine Tempo 30 Zone in der Berckhusenstraße von der Bomhauerstr. bis zur Mellendorfer Str. einzurichten. Weitere Maßnahmen zur sicheren Querung an der Haltestelle Heidjerhof sind zu prüfen.

Einstimmig

TOP 7.3.
der SPD-Fraktion

TOP 7.3.1.
Errichtung von fehlenden Warnlichtsignalanlagen an den Hochbahnsteigen im Stadtbezirk
(Drucks. Nr. 15-0423/2012)

Der Bezirksrat möge beschließen:
Die Verwaltung der Landeshauptstadt Hannover wird gebeten, bei der Region Hannover bzw. üstra darauf hin zu wirken, an den Hochbahnsteigen im Stadtbezirk zusätzliche Warnlichtsignalanlagen zu errichten, damit Fußgänger vor der Überquerung der Gleise vor herannahenden Bahnen gewarnt werden.

17 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung

TOP 7.4.
von Bezirksratsfrau Hagen (DIE LINKE.)

TOP 7.4.1.
Drängelgitter mit Warnblinkanlage / Buchholzer Straße, Höhe BGR-Geozentrum Hannover
(Drucks. Nr. 15-0424/2012)

Bezirksratsherr Borstelmann gab bekannt, dass die CDU diesem Antrag nicht zustimmen könne. Die Fußgänger sollten die vorhandenen Überwege nutzen, die nicht weit entfernt sind. Gegen das Drängelgitter spreche auch, dass man sie sehr einfach umgehen könne. Man sei der Meinung, dass die Leute der Bundesanstalt den Hauptausgang nutzen sollten und nicht die Gartenpforte. Diese sollte verschlossen werden.
Bezirksratsfrau Hagen gab zu bedenken, dass Gartentor und -zaun so niedrig seien, dass das Abschließen wohl nicht viel helfe.
Bezirksratsherr Schneider beantragte den Schluss der Debatte. Es gab keine Gegenrede.

Antrag

Die Stadtverwaltung wird um Überprüfung gebeten, ob an der Buchholzer Straße zwischen dem Bürogebäude der BGR – Geozentrum Hannover und dem gegenüberliegendem Parkplatz der BGR, vor den Gleisen der Stadtbahn, sog. Drängelgitter mit Warnblinkanlage installiert und der dazu gehörige Fußweg gepflastert werden können.

12 Stimmen dafür, 6 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 8.
A N F R A G E N

TOP 8.1.
der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

TOP 8.1.1.
Umsetzung des Verkehrskonzeptes in Bothfeld - Umsteigehaltestelle Noltemeyerbrücke (Buchholz-Kleefeld)
(Drucks. Nr. 15-0378/2012)

Wir fragen die Verwaltung:

1.) Welche Nachteile könnte die Verlegung der Haltestelle des Busses 125 (Fahrtrichtung Meierwiesen) von der Sutelstraße auf die Noltemeyerbrücke für die Verkehrsteilnehmer dieser Haltestellen, einschließlich der U-Bahnhaltestelle Noltemeyerbrücke haben?
2.) Welche Nachteile hat die Verlegung oder die nicht Verlegung der Haltestelle auf den Verkehrsfluss in Großbuchholz und Bothfeld?
3.) Inwieweit kann der Taxi-Standort auf der Noltemeyerbrücke im Rahmen der Verlegung der Haltestelle erhalten bleiben.

1. Durch eine beantragte Zusammenlegung der Buslinien auf der Haltestelle Noltemeyerbrücke entstehen für die querenden Radfahrer und Fußgänger keine Nachteile.
   Für die Fahrgäste der zu integrierenden Linie 125 mit Anschluss an die U-Bahnstation werden die Umsteigebeziehungen- und Wege verkürzt.
   Für weiterfahrende Fahrgäste ist ein Umweg in Kauf zu nehmen, somit verlängert sich die Fahrzeit und die jeweiligen weiter außerhalb liegenden Anschlüsse können vermutlich nicht mehr gewährleistet werden.

2. Durch die zusätzlichen Verkehrsbeziehungen der Linie 125 als Linksabbieger aus der Podbielskistraße in die Groß-Buchholzer Straße zur Haltestelle Noltemeyerbrücke und das Ausfahren aus der Haltestelle über die Podbielskistraße als Linksabbieger in die Sutelstraße ist von einer dadurch eintretenden Reduzierung der Leistungsfähigkeit der Lichtsignalanlagen auf dem Geha - Platz auszugehen.

3. Der Taxenstand ist auf der Haltestelle, bei Verlegung die Buslinie 125, nicht mehr zu gewährleisten und es muss ein annehmbarer neuer Standort im nähren Umfeld gefunden und abgestimmt werden.

TOP 8.1.2.
Spielplatzpatenschaften im Stadtbezirk Buchholz-Kleefeld
(Drucks. Nr. 15-0379/2012)

Der Fachbereich Umwelt und Stadtgrün bietet die Einrichtung von Patenschaften für Spielplätze an. Spielplatzpatin oder -pate kann jeder Erwachsene werden, aber auch Initiativen oder Gruppen können diese Aufgabe übernehmen. Sie soll der Verbesserung der Spielsituation auf dem Spielplatz dienen. Die Patinnen und Paten fungieren als Ansprechpartnerinnen und -partner für Kinder und Eltern auf dem Spielplatz und sollten den Fachbereich über mögliche Missstände informieren.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Für welche Spielplätze im Stadtbezirk wurde bisher eine Patenschaft übernommen?
2. Welche Institutionen oder Personen haben eine Spielplatzpatenschaft übernommen? Sollte diese Frage aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht beantwortbar sein, erbitten wir eine Aufschlüsselung danach, wie die Patinnen und Paten einzugruppieren sind (Unternehmen, Personen, Vereine, ...).

3. Ist es durch Anregungen von Spielplatzpatinnen und Spielplatzpaten zu baulichen oder anderen Veränderungen auf den jeweiligen Spielplätzen gekommen? Wenn ja, welche Veränderungen sind dies?

Für den Stadtbezirk Buchholz- Kleefeld gibt es insgesamt fünf Spielplätze mit einer Patenschaft.

Objekt	Patenschaft
Spielplatz Schweriner Platz	Bürgerverein Kleefeld
Spielplatz Stenhusenstraße	Bürgerverein Kleefeld
Spielplatz Mecklenburgerstraße	Bürgerverein Kleefeld
Spielplatz Gimpelsteg	privat
Spielplatz Schlegelplatz	privat

Im letzten Jahr wurden lediglich vom Spielplatzpaten Schlegelstraße Hinweise/ Verbesserungsvorschläge im Zuge der Umgestaltung entgegen genommen, welche allerdings keine Veränderungen auf dem neu gestalteten Spielplatz zur Folge hatten.

TOP 8.1.3.
Sachstandsbericht Bockwindmühle - Hermann-Löns-Park
(Drucks. Nr. 15-0380/2012)

Versprochen und Wort gehalten: Im Haushaltsplan 2012 sind zur Wiedererrichtung der Kleefelder Mühle die notwendigen Haushaltsmittel bereitgestellt.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Wie sieht die Zeitschiene für die Wiedererrichtung der Bockwindmühle und das Nutzungskonzept aus?
2. Welche Erkenntnisse über die historische Einordnung des Hermann-Löns-Park liegen bisher vor?
3. Welche Anstrengungen zu einer aktuellen Bewertung der historischen Einordnung des Hermann-Löns-Park werden zurzeit unternommen?

Zu Frage 1:
Der Wiederaufbau wurde Anfang 2012 an Fa. Blümner aus Bismark in Sachsen-Anhalt vergeben.
Ab Ende Feb. 2012 werden erste Bauteile aus dem Lager am Rosenbuschweg abgeholt (Behandlung und Bearbeitung der historischen Bestandsbauteile sowie Fertigung neuer Bauteile in Bismark).
Bis Ende März soll der aus neuen Bauteilen herzustellenden Bock in Bismark vormontiert werden und ab ca. Mitte April wird der Aufbau der Mühle vor Ort im Hermann-Löns-Park beginnen. Oktober 2012 ist geplanter Fertigstellungstermin.

Die Mühle wird als ruhendes Schauobjekt wieder aufgebaut. Die vorhandene Technik wird restauriert und wieder eingebaut. Soweit möglich soll die Mühlentechnik um fehlende technische Bauteile ergänzt werden, um die Funktionsweise eines Mahlganges und der Mühle zu veranschaulichen. Zusammen mit dem in Vorbereitung befindlichen Freundeskreis / Fördervereins zur Bockwindmühle wird das Nutzungskonzept erarbeitet (Öffnung für Interessierte, Beschilderung und Informationen zur Mühlentechnik), das mit Wiedereinweihung der Mühle fertig sein soll.

Zu Frage 2:
Die Verwaltung verweist auf die Ausarbeitung von Herrn Hanspeter Geiges (Sachgebietsleitung 67.31) vom April 2011
Die Ausarbeitung zur historischen Einordnung des Hermann-Löns-Park in Hannover wurde den Vertretern des Stadtbezirksrates auf die Tische gelegt.

Zu Frage 3:
Für eine vertiefende wissenschaftlich fundierte historische Untersuchung und darauf aufbauende Einordnung auch der Bockwindmühe fehlen dem Fachbereich Umwelt und Stadtgrün die zeitlichen und personellen Kapazitäten.

Der Denkmalwert des Hermann-Löns-Parks wurde weder von der Unteren noch der Oberen Denkmalschutzbehörde in Frage gestellt. Auch aus Sicht der Gartendenkmalpflege und des Fachbereich Umwelt und Stadtgrün ist keine Umbewertung notwendig. Die Schaffung des Parks und die politischen und gartenhistorischen Hintergründe des Denkmalensembles werden in einer zukünftigen Überarbeitung der Broschüre über den Hermann-Löns-Park differenzierter dargestellt werden.

TOP 8.2.
der SPD-Fraktion

TOP 8.2.1.
Umsetzung des UN-Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderung an Schulen im Stadtbezirk Buchholz-Kleefeld
(Drucks. Nr. 15-0377/2012)

Im Jahr 2006 beschloss die UNO-Generalversammlung das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Die Mitgliedsstaaten sind zur Realisierung der Konvention verpflichtet. Somit muss auch Deutschland mit seinen Bundesländern und Kommunen die Festlegungen des Übereinkommens umsetzen. Es wird darin die Errichtung eines inklusiven Bildungssystems gefordert: Schülerinnen und Schüler mit sowie ohne Behinderungen sollen gemeinsam unterrichtet werden.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Welche baulichen Voraussetzungen zur Realisierung des UN-Übereinkommens wurden bisher an Schulen im Stadtbezirk realisiert?
2. Welche baulichen Veränderungen im Sinne des UN-Übereinkommens sind an Schulen im Stadtbezirk geplant?
3. Welche anderweitigen Ansätze zur Realisierung der im Übereinkommen geforderten inklusiven Pädagogik sind in Schulen im Stadtbezirk Buchholz-Kleefeld bereits realisiert worden?

Zum Thema Inklusion / bauliche Rahmenbedingungen gibt es zurzeit noch keine für Hannover geltenden Standards. Mit Drucks. Nr. 856/2010 hat der Rat die Verwaltung beauftragt, gemeinsam mit der Region Hannover ein Konzept zur inklusiven Beschulung zu entwickeln. Parallel dazu hat der Rat mit Drucks.Nr. 1327/2010 die Niedersächsische Landesregierung aufgefordert, „die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Einführung einer inklusiven Beschulung aller SchülerInnen zu schaffen. Darüber hinaus fordert die Ratsversammlung die Landesregierung auf, ein verbindliches Programm des Landes aufzulegen, indem sie Schritte zur Umsetzung der inklusiven Bildung in Niedersachsen formuliert und der finanzielle, personelle, wie auch zeitliche Rahmen festgesetzt wird.“

Die Sanierungsplanungen der Landeshauptstadt Hannover werden die in dem Konzept dem Rat vorzulegenden Rahmendingungen nach dem Beschluss umsetzen. Bereits jetzt werden Teilaspekte (z.B. zum Thema barrierefreie Gestaltung und akustische Maßnahmen) entsprechend berücksichtigt. Dies gilt auch für die Planungen im Stadtteil Buchholz-Kleefeld.

Sobald endgültige Rahmenbedingungen vorliegen, wird die Verwaltung ein Konzept zur Umsetzung erstellen. Insbesondere die schulplanerischen Überlegungen setzen eine Landesgesetzgebung voraus.
Die Verwaltung bittet daher um Verständnis, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch keine konkreten Aussagen zur Umsetzung inklusiver Maßnahmen in den Schulen gemacht werden können.

TOP 8.3.
von Bezirksratsherrn Busse

TOP 8.3.1.
Verkehrsführung im Kapellenbrink
(Drucks. Nr. 15-0475/2012)

Zu beginn der Baumaßnahme in der "Karla Schmidt Straße" ist der Schulweg/KITA-Weg der Kinder im Kapellenbrink von der Einmündung Groß-Buchholzer Kirchweg bis zur Karla-Schmidt Straße mit Pollern abgesichert worden.
Dies wurde damals aufgrund der gebotenen Eile und der mangelnden optischen Attraktivität als "provisorische Lösung" bezeichnet. Inzwischen sind die Baumaßnahmen abgeschlossen und der besonders gefährliche LKW-Verkehr findet nicht mehr statt.
Ich frage die Verwaltung:
1) Wie lange wird dieses Provisorium noch bestehen bleiben?

2) Für eine endgültige Gestaltung dieser für die Ortshistorie besonders markanten Fläche sind die Sicherheit der Fußgänger, die Interessen der Anlieger und die behutsame Gestaltung zwecks Anpassung an das umliegende Ambiente zu berücksichtigen. Wann wird die Verwaltung dem Stadtbezirksrat ein städtebauliches Gesamtkonzept für eine dauerhafte Gestaltung vorlegen?

Zu 1:
Im Rahmen eines Verkehrskonzeptes Altes Dorf / Groß-Buchholz, wurden die unterschiedlichen Baumaßnahmen in zeitlicher Abfolge vorgestellt. Nach endgültiger Herstellung der Karla-Schmidt-Straße war vorgesehen, die Zuwegungen in das Gebiet von Leiblstraße, Rehmer Feld, Kapellenbrink und Kapellenbrink (Zufahrt zur Kita) an der Groß-Buchholzerstraße aufzupflastern. Derzeit werden für die Maßnahmen die Grundlagen ermittelt und eine Planung erarbeitet, die dem Stadtbezirksrat vorgestellt werden wird.

Zu 2:
Als letzte bauliche Maßnahme ist eine Grunderneuerung der Straße Kapellenbrink vorgesehen. Diese Maßnahme kann zeitlich derzeit noch nicht terminiert werden, da noch Zwangspunkte, wie z.B. Erweiterung der Kita, abgewartet werden müssen.

TOP 9.
Bericht des Stadtbezirksmanagements
Kleefelder Bahnhof

Im Stadtbezirksrat Buchholz-Kleefeld ist in den vergangenen Jahren häufig der Kleefelder Bahnhof im Blickfeld gewesen. Ich möchte heute mitteilen, dass ich nach Verhandlung mit

der Deutschen Bahn inzwischen erreicht habe, dass die Böschung an der Lärmschutzwand zur Berckhusenstraße ab März wöchentlich gereinigt wird, indem der Grobmüll dort im gesamten Böschungsbereich – auch hinter dem Denkmal - abgesammelt wird. Vorher wurden bzw. werden die Büsche und Hecken einmalig herunter geschnitten.

Mit einer anderen Stelle der Deutschen Bahn stehe ich weiterhin in Kontakt zu verbleibenden Themen wie z. B. Reinigungsintervalle Mülleimer und Fahrstuhl. Sobald auch hier Ergebnisse vorliegen, komme ich wieder auf Sie zu.

Zur Kenntnis genommen

Für das Protokoll:

Georg FISCHER Bezirksbürgermeister	Gert SELIG Protokollführer